

Sckerl fordert neue Entscheidungskultur

Grüne: Neujahrsempfang im Alten Rathaus mit dem Kabarettisten Hans Peter Schwöbel / "Stuttgart 21" und die Kreisstraße



Stark statt mächtig: Kabarettist Hans Peter Schwöbel gab dem Grünen-Neujahrsempfang in Hemsbach gestern die richtige Würze. Bild: Gutschalk

Hemsbach. "Isch bin escht", entfuhr es Hans Peter Schwöbel, als GBL-Stadtrat Thomas Embach ihn zum Grünen-Neujahrsempfang als "künstlichen" statt künstlerischen Gast begrüßt hatte. Die rund 50 Besucher, die es in den Sitzungssaal des Alten Rathauses verschlagen hatte, nahmen es mit Humor, waren sicherlich nicht wenige eigens deswegen gekommen, um den "Monnemer" Kabarettisten mit Wurzeln im "Orewäller Zotzebach" zu hören.

"Arm dro" skandierte dieser im breitesten Kurpfälzer Dialekt am Beginn seines Kurzprogramms "Stark statt mächtig" und drosch nach einigen philosophischen Betrachtungen über die "radikale Gegenwart des Abwesenden" verbal auf die ein, die mit künstlichem Geld richtiges Geld kaputt machen und für "Wachs-Dumm" alles dem Gott Mammon opfern. "Wenn das so weiter geht, sind wir alle arm dro", lautete Schwöbels Fazit.

Landtagsabgeordneter und Wiederbewerber Hans-Ulrich Sckerl präsentierte seine Partei als Alternative dazu. 2010 sei das Jahr eines neuen Bürgerprotests gewesen, sagte er mit Blick auf die Auseinandersetzung um "Stuttgart 21" und fügte hinzu: "Das war eine Eruption, der Deckel ist vom Kessel geplatzt." Die Bürger wollten nicht mehr am Katzentisch sitzen und nur "Stimmvieh" sein, sie wollten mitreden. Mit dem Ausdruck "Wutbürger" konnte Sckerl dabei wenig anfangen, die meisten Bürgern wollten etwas beitragen zum Gemeinwesen und ihre Vorschläge ebenso ernst geprüft wissen wie die von Politik und Experten. Das als "Verhinderungsmentalität" zu kritisieren, sei "ausgemachter Blödsinn".

Die Grünen forderten Bürgerbeteiligung in einem ganz frühen Stadium. Noch bevor der erste Planungsstrich gezeichnet worden sei, müsse auf breiter Basis und nicht nur in politischen Zirkeln über die Sinnhaftigkeit einzelner Projekte diskutiert werden. Wäre dies vor 30 Jahren mit der Kreisverbindungsstraße geschehen, hätte es keine Trasse durch die Stadt gegeben, zeigte sich Sckerl sicher. Diese neue Entscheidungskultur werde

nicht zur Verzögerung von Projekten führen, sondern diese im Gegenteil beschleunigen, erwartet der Grünen-Politiker.

Ferner trete seine Partei für mehr Formen der direkten Demokratie ein. Die Masse der Entscheidungen werde sicherlich von politischen Gremien getroffen, es gebe aber auf kommunaler Basis vielleicht zwei, drei Projekte in einer Wahlperiode, bei denen die Bürger entscheiden und die Politik sich zurücknehmen müsse. Von der gegenwärtigen Landesregierung erwartet Wahlkämpfer Sckerl allerdings keinen neuen Politikstil. Die wolle das Problem in einer Enquetekommission zerreden lassen. "Das kostet viel Geld, und es kommt wenig raus."

Der Landespolitiker sprach auch das "massive Schulsterben im ländlichen Raum" an, vor dem auch Hemsbach nicht gefeit sei. Sckerl empfahl zur Rettung des Hemsbacher Schulstandortes eine Zusammenlegung von Werkrealschule und Realschule. "Das wäre ein Gewinn", werde aber von der Landesregierung nie genehmigt, die stur an ihrer verfehlten Bildungspolitik festhalte.

Auch die "Basis" kam zu Wort: Beifall erhielt Sckerl von PH-Fraktionssprecherin Marlies Drissler, die vom "Hickh ack im Bildungssystem" genug hat und sich gut vorstellen könnte, die Bürger über diese Frage abstimmen zu lassen. "Stuttgart 21 hätte früher kommen müssen", sagte Drissler in ähnlichen Worten wie zuvor schon Sckerl, "dann wäre die Kreisstraße nicht gekommen". Das Angebot Sckerls, in Sachen KVS weiter für eine Tieferlegung zu streiten, nahm sie dankbar an, auch wenn sie wenig Chancen zur Realisierung dieser Forderung sah. Sie hoffe aber, dass Hemsbach wenigstens Verbesserungen beim Lärmschutz werde erreichen können.

Beim Tierschutz sind die Planer offenbar weiter: Gerhard Röhner vom BUND sah die Beteiligten bei der Frage des Kammolch-Schutzes in Laudenbach auf dem richtigen Weg. "Das geht einer guten Lösung entgegen", sagte er. Maz

Aus: "Weinheimer Nachrichten" vom 31.01.2011